



## Streiflichter von der Weltwirtschaftskrise 1929–1933

HANS HAUTMANN

Als Ende Oktober 1929 an der New Yorker Börse die Aktienkurse ins Bodenlose fielen, begann eine Krise, die alle Staaten der kapitalistischen Welt ergriff und die in ihrer Intensität alle früheren und nachfolgenden periodischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft übertraf. Der Börsenkrach in den USA war das auslösende Ereignis, nicht aber die Ursache der Weltwirtschaftskrise. Diese lag im Grundwiderspruch des Kapitalismus, dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung. Wie bei früheren Krisen handelte es sich bei ihr um eine Überproduktionskrise: riesige Warenvorräte fanden keinen Absatz mehr. Mit aller Schärfe zeigte sich das Missverhältnis zwischen der Ausdehnung der Produktion und der beschränkten Kaufkraft. Zugleich hatte die Weltwirtschaftskrise von 1929–1933 aber auch ihre Besonderheiten: die enge Verflechtung der Industriekrise mit einer Agrarkrise, Kredit- und Währungs- sowie Handelskrise, vor allem aber die Herrschaft der Monopole. Die Monopolisierung verhinderte, dass die sinkende Nachfrage zu entsprechend sinkenden Preisen führte, wie das bei freier Konkurrenz der Fall gewesen wäre und bei früheren Krisen im 19. Jahrhundert auch der Fall war. Die Preispolitik der Monopole deformierte also den Verlauf des Zyklus und trug zu seiner noch nicht da gewesenen Tiefe, langen Dauer und seinen verheerenden Folgen in entscheidender Weise bei.

Es wäre in dem Zusammenhang verlockend, die damalige Krise mit der jetzigen zu vergleichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und die inneren Ursachen politökonomisch zu erklären. Dieser Aufgabe wird sich aber das von der Alfred Klahr Gesellschaft gemeinsam mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark veranstaltete Symposium im Oktober 2009 in Graz und Wien widmen, sodass wir an dieser Stelle den Ergebnissen nicht vorgreifen

wollen. Hier geht es um einen historischen Überblick, um die Darlegung der Fakten und die Schilderung des Ablaufs der Weltwirtschaftskrise 1929–1933, deren materielle Schäden und Verluste ungeheuerlich waren und deren politische Folgen die Menschheit erneut in den Abgrund eines Weltkrieges stürzen sollten.

### Die Industriekrise

Die Industriekrise war der zentrale Bereich der Weltwirtschaftskrise, denn stets sind es die Vorgänge in der industriellen Produktion, die den zyklischen Charakter kapitalistischen Wirtschaftens hervorrufen. In früheren Krisen war ein Absinken der Industrieproduktion um zehn bis 15% schon als etwas Außergewöhnliches betrachtet worden. Von 1929 bis 1933 hingegen lagen die Hälfte und teilweise sogar zwei Drittel der Produktionskapazität der führenden Industriezweige brach. Im Weltmaßstab wurde die kapitalistische Industrieproduktion auf das Niveau der Jahre 1908/09 zurückgeworfen. In einzelnen Ländern ging sie sogar noch weiter zurück: So sank sie in den USA auf den Stand von 1905/06 und in Deutschland und Großbritannien auf den von 1896/97.

Die Krise von 1929 bis 1933 war nicht nur die tiefste, sondern auch (gemeinsam mit der von 1873) die längste und hartnäckigste in der Geschichte des Kapitalismus. Während die Krisen der Vergangenheit in der Regel nur mehrere Monate andauert hatten, wurde der Tiefpunkt der im Herbst 1929 ausgebrochenen Krise von der kapitalistischen Welt im Wesentlichen erst im Sommer 1932 überwunden. Aber auch danach dauerte es noch zwei bis drei Jahre, bis sich das allgemeine Produktionsniveau wieder dem Stand vor der Krise annäherte.

Unter den hoch entwickelten Industrieländern erschütterte die Krise die USA und Deutschland mit der größten Wucht. In Großbritannien, wo in den 1920er Jahren die Industrieproduktion nur in geringem Maße gestiegen war, machten sich die Krisenerscheinungen relativ langsam

bemerkbar. In Frankreich begannen sich die Auswirkungen auf die Industrieproduktion erst im Jahre 1931 zu zeigen. Deshalb erlangte hier die Krise die größte Schärfe auch erst 1935, also wesentlich später als in den USA und Deutschland. In Japan, das unmittelbar nach dem Ausbruch der Krise die Aggression gegen China vorzubereiten begann, erreichte die Produktion ihre Talsohle im Jahr 1931, in Italien im Sommer 1932, als die Bruttoproduktion der Industrie um 33% unter dem Stand des Jahres 1929 lag. Von den kleineren Ländern waren Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Dänemark, Norwegen und Finnland schwer betroffen, deren Industrieproduktion fast auf die Hälfte des Vorkrisenniveaus sank. Eine Ausnahme bildete Schweden, dessen Eisenerzförderung zwar zeitweilig auf den Umfang des Jahres 1896 absackte, das aber schneller als andere die Folgen der Krise durch gezielte staatsmonopolistische Eingriffe in das Wirtschaftsleben unter dem sozialdemokratischen Regierungschef Per Albin Hansson überwand.

Am stärksten von allen kapitalistischen Ländern sank die Produktion in den USA. Dort verringerte sich die Kohleförderung im Vergleich zum Stand von 1929 um 41%, die Roheisenproduktion um 79%, die Stahlerzeugung um 76% und die Automobilherstellung um 80%. Von 279 Hochöfen waren nur noch 44 in Betrieb. Die Industrieproduktion insgesamt ging bis zum Jahr 1932 gegenüber der von 1929 um 46% und die Produktion von Produktionsmitteln sogar um 72% zurück. Tausende Fabriken schlossen ihre Tore, mehr als 135.000 Industrie-, Handels- und Finanzunternehmen machten Bankrott.

Deutschland stand den USA bei diesen Kennziffern kaum nach. Die Produktion von Produktionsgütern fiel hier 1931 auf 61% (1928 = 100, 1930 = 85,5), die Gesamtproduktion auf 72,8%. Im Jahr 1932 reduzierte sich die Industrieproduktion im Vergleich zum Stand von 1931 um weitere 17% und betrug nur mehr 58% der Höhe von 1928. Insgesamt machte



Bank- und Börsenkrach in New York am 29. Oktober 1929.

die Industrieproduktion in Deutschland im Sommer/Herbst 1932 nur noch 46,7% des Produktionsumfanges von 1913 (!) aus, ein Tiefpunkt, der kaum noch unterschritten werden konnte.

### Die Agrarkrise

Agrarkrisen treten im Unterschied zu industriellen Krisen *nicht* periodisch auf und sind generell langwieriger als jene. Eine solche chronische Agrarkrise begann 1920 in den USA und erfasste die ganze kapitalistische Welt. Ihre Erscheinungen waren: Anwachsen der Warenvorräte, die keinen Absatz fanden; Preisabfall, Sinken der Einkommen der Bauern, Sinken der Profitrate; Ruin von Farmern und kleinbäuerlichen Wirtschaften, Anwachsen ihrer Schulden; Wachstum der Arbeitslosigkeit unter dem Landproletariat.

Das Hereinbrechen der Industriekrise im Herbst 1929 verschärfte die Agrarkrise in enormem Ausmaß. Es kam weltweit zu katastrophalen Preisstürzen bei landwirtschaftlichen Rohstoffen und Lebensmitteln. Im Frühjahr 1932 sank der Preis für Kautschuk auf dem Weltmarkt im Vergleich zum Durchschnittspreis der Jahre 1925–1929 um 93, der von Zucker um 74, der von Seide um 75 und der von Jute um 62%.

In den USA sanken die Preise für Agrarprodukte um durchschnittlich 54%. 1932 mussten von den Farmern an die 40% ihres Bruttoeinkommens für die Abzahlung von Schulden sowie für Steuer- und Pachtzahlungen aufgewendet werden. Etwa eine Million Farmen wurden von 1929 bis 1933 zwangsversteigert. Der Massenbankrott war zum nicht geringen Teil von den Monopolherren hervorgerufen, weil diese die Preise für Industrieerzeugnisse, landwirtschaftliche Maschinen, Mineräldünger usw. künstlich hochhielten. Die ruinierten Farmer wurden entweder zu Landarbeitern, oder sie

zogen in die Städte, wo sie aber gleichfalls keine Arbeit finden konnten.

Noch stärker als die bäuerliche Bevölkerung der Industriestaaten war die der schwach entwickelten Volkswirtschaften in Europa, in den Kolonien und den abhängigen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika betroffen. Setzt man den Außenhandelsumsatz dieser Länder in den Jahren 1925–1929

mit 100% an, so betrug die Ausfuhr im Jahr 1931 mengenmäßig ausgedrückt 85,1%, wertmäßig berechnet jedoch nur 56,4%. Indem die Krise diese Länder – die Rohstoff- und Lebensmittellieferanten der imperialistischen Welt – ruinierte, vergrößerte sie zugleich ihre alten Schuldenlasten und stürzte viele von ihnen in den Staatsbankrott.

In der Weltwirtschaftskrise vernichteten die Plantagenbesitzer ganze Ernten, Kaffee wurde in den Ozean geschüttet oder als Feuerungsmittel für Lokomotiven verwendet, man fällte Obstbäume, schlachtete Viehherden ab und goss Milch in die Flüsse. Schätzungen zufolge war dieser materielle Schaden der Jahre 1929–1933 Hand in Hand mit den stillgelegten Fabriken, abgerissenen und ausgeblasenen Hochöfen, außer Betrieb gesetzten und dem Ersaufen preisgegebenen Bergwerken ebenso groß wie der des gesamten Ersten Weltkriegs.

### Die Banken- und Währungs Krise

Die letzten Jahre vor der Krise waren von einer fieberhaften Spekulationswelle gerade in Aktien begleitet. Die Aktien stiegen immer mehr über ihren tatsächlichen Wert, der in der Kapitalisierung der zu erwartenden Profite besteht. Aus der Steigerung der Kurse ergab sich ein Gewinn, der um ein Vielfaches höher lag als die Dividende. Dieser für Aktienkäufer geradezu paradiesische Zustand konnte jedoch nicht ewig andauern und mündete im Oktober 1929 im Zusammenbruch der Kurse und mit ihnen vieler spekulierender Kapitalisten.

Jede Krise wird zunächst von ökonomischen Rückgangerscheinungen gekennzeichnet, die sich gegenseitig verstärken und wellenartig ausbreiten, sodass die ersten spontanen Reaktionen der kapitalistischen Wirtschaft diese nicht abschwächen, sondern vielmehr vertiefen. Das geschah auch im Gefolge der

1929 ausgebrochenen Krise und in größerem Umfang als bisher.

Die mit der zyklischen Krise unvermeidlich verbundene abnehmende Liquidität der kapitalistischen Großunternehmen führte an einer der schwächsten Stellen des Weltkapitalismus – in Österreich – zum Zusammenbruch der Creditanstalt im Juni 1931. Dieses Ereignis war nicht zuletzt auch das Ergebnis verschärfter imperialistischer Gegensätze, hervorgerufen durch den am 21. März 1931 abgeschlossenen Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über eine Zollunion. Neben Großbritannien wandte sich vor allem Frankreich gegen das Abkommen, weil es darin faktisch die Verwirklichung des im Versailler Vertrag verbotenen Anschlusses und damit einen Schritt zur territorialen Erweiterung des deutschen Imperialismus erblickte. Frankreichs Antwort bestand in einer gezielten Zurückziehung von Krediten, was zum unmittelbaren Anlass für den Zusammenbruch der Creditanstalt wurde.

Das Vertrauen insbesondere der ausländischen Gläubiger wurde dadurch umso mehr erschüttert, als die organisierte Zurücknahme französischer Kredite sich auch auf Deutschland erstreckte und dort am 11. Juli 1931 den Zusammenbruch der Darmstädter- und Nationalbank (Danat-Bank) zur Folge hatte. Nur einen Tag später, am 12. Juli, wurde offenbar, dass auch die Dresdner Bank vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Um beide Großbanken zu retten, betrieb die Reichsregierung Brüning ihre Fusionierung und de facto-Verstaatlichung, ein Schritt, den auch die Kabinette Ender und Buresch in Österreich bei der Sanierung der Creditanstalt durch staatliche Übernahme der Haftung für ihre Schulden setzten.

Dieser österreichische und deutsche Bankenkrach im Sommer 1931 brachte die internationale Kreditkrise zur vollen Entfaltung. Verteuerung des Kredits und Erstarrung des Kreditsystems waren die Folge. Noch wichtiger war aber die Tatsache, dass die monetären Beziehungen der imperialistischen Hauptländer zueinander jetzt völliger Zerrüttung unterlagen.

Das zeigte sich in der Isolierung der einzelnen Währungssysteme. Die Vorherrschaft des Goldes, das die einzelnen kapitalistischen Geldsysteme verbunden hatte, wurde erschüttert, und das in den 1920er Jahren mühsam wieder hergestellte System der Goldwährung brach zusammen, ohne nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstehen zu können. Großbritannien ging unter dem Druck

von Goldabzügen zuerst – und zwar im September 1931 – vom Goldstandard ab und führte eine Abwertung des Pfundes herbei. Dem Beispiel folgten mehrere von Großbritannien abhängige Länder (britische Kolonien, Dominien, die skandinavischen Länder, Portugal und Argentinien), wodurch es im November 1931 zur Bildung des Sterlingblocks kam. Diesen Ländern standen andere gegenüber, die am Goldstandard zunächst festhielten, so vor allem die USA bis 1933 und Frankreich bis 1936, ihn aber dann ebenfalls aufgeben mussten.

Insgesamt entwerteten sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Währungen von nicht weniger als 56 Staaten des kapitalistischen Systems, wobei die Abwertung von den imperialistischen Ländern als Kampfmittel im Ringen um Weltmarktpositionen benützt wurde. Anstelle der normalen Valutazirkulation auf dem Weltmarkt entwickelte sich ein Währungskrieg, hauptsächlich zwischen dem Sterlingblock unter britischer und dem Dollarblock unter amerikanischer Führung.

### Die Krise des Welthandels

Die Krise musste zwangsläufig auch zu einer starken Störung der internationalen wirtschaftlichen Kooperation führen. Der Welthandelsumsatz ging ungefähr auf ein Drittel des Umfangs von 1928/29 zurück. In Großbritannien verringerte sich der Außenhandel um mehr als 50%, ebenso in Frankreich, das – der Konkurrenz Großbritanniens, der USA und Deutschlands nicht gewachsen – eine Reihe seiner Positionen auf dem Weltmarkt aufgeben musste. Noch schärfer waren abhängige und koloniale Länder wie Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba, Ägypten, Indien, Indonesien usw. betroffen, deren Exporte (Weizen, Kaffee, Zucker, Fleisch, Salpeter, Kupfer, Baumwolle, Kautschuk) wertmäßig um rund 60% zurückgingen.

Da die Krise sich auf die gesamte kapitalistische Welt ausbreitete, war es keinem Staat mehr möglich, sich auf Kosten anderer Länder aus ihr zu befreien. Dennoch wurde alles versucht, die eigenen Interessen zum Schaden der ausländischen Konkurrenten zu wahren. In der Hoffnung, die Absatzbedingungen auf dem inneren Markt zu verbessern, brachte z.B. die Hoover-Regierung in den USA im Juni 1930 ein Gesetz ein, durch das die Einfuhrzölle für ausländische Waren beträchtlich erhöht wurden. Als daraufhin andere kapitalistische Länder ebenfalls die Schutzzölle erhöhten, wurde der

Absatz amerikanischer Waren auf den Auslandsmärkten noch mehr erschwert.

Die Folge war ein erbitterter Handelskrieg. Von Juni 1931 bis April 1932 gingen 76 Länder dazu über, die Zolltarife zu erhöhen, die Devisenausgaben für den Ankauf ausländischer Waren einzuschränken und Importbegrenzungen einzuführen, die bis zum direkten Einfuhrverbot reichten. Das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zerfiel immer mehr in einzelne, weitgehend voneinander isolierte und in Wirtschaftskriege verwickelte Länder, Auseinandersetzungen, die mehrfach sogar zu militärischen Zusammenstößen führten. Der bolivianisch-paraguayische Krieg von 1932 bis 1935 z.B. war ein Ausdruck der Rivalität zwischen dem britischen und amerikanischen Monopolkapital um den Besitz der ausgedehnten Erdölfelder des Gran Chaco und der reichen Zinnvorkommen Boliviens. Der Bürgerkrieg in Brasilien im Jahr 1932 war in nicht geringem Maße auf die englisch-amerikanischen Auseinandersetzungen um die Rohstoffe und Absatzmärkte dieses Landes zurückzuführen, und auch der peruanisch-kolumbianische Krieg von 1932 bis 1934 spiegelte diesen Konkurrenzkampf wider.

### Auswirkungen auf die Volksmassen

Die schwerwiegendste Folge der Weltwirtschaftskrise war eine noch nicht da gewesene Massenarbeitslosigkeit. Nimmt man die 32 wichtigsten Länder der kapitalistischen Welt her, so betrug die Zahl der offiziell registrierten Vollarbeitslosen 1929 5,9 Millionen, 1930 11,7 Millionen, 1931 19,2 Millionen und 1932 26,4 Millionen, um 1933 minimal auf 26,0 Millionen zu sinken. Dazu kamen mehrere Millionen Kurzarbeiter, die oft nur ein bis zwei Tage in der Woche beschäftigt waren. Der Prozentsatz der Vollarbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtzahl der industriellen Arbeiterschaft belief sich 1932 in Deutschland auf 43,8% (5,5 Millionen Arbeitslose), in den USA auf 32% (13,2 Millionen Arbeitslose) und in Großbritannien auf 22% (2,8 Millionen Arbeitslose). In Österreich erreichte die Arbeitslosigkeit Ende 1934 mit etwa 770.000 (38,5% der unselbstständig Erwerbstätigen einschließlich der bereits seit Jahren „Ausgesteuerten“) ihren Höhepunkt. In Italien und in der Tschechoslowakei gab es 1932/33 jeweils eine Million Arbeitslose, in Japan 1931 etwa drei Millionen, und in Lateinamerika (hier vor allem unter den Landarbeitern auf den Latifundien) fünf bis sieben Millionen.

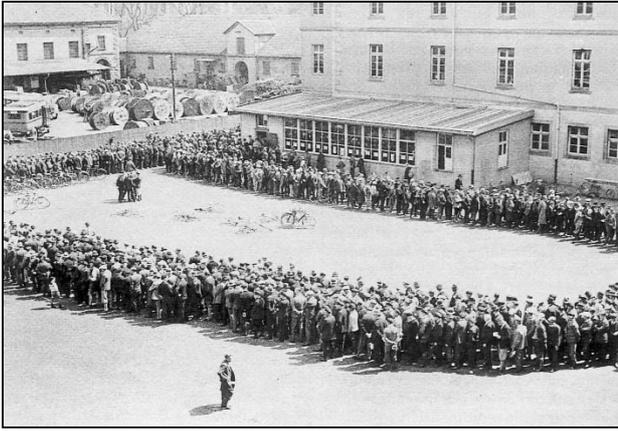


Großfarmer aus dem Staate Texas lassen Milch in Gullys und Flüsse gießen, um die Preise hochzuhalten.

In Ländern mit einer staatlichen Sozialversicherung wurden die Leistungen ständig abgebaut. Die Papen-Regierung in Deutschland verkürzte im Juni 1932 die Dauer der bereits herabgesetzten Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen (ursprünglich 26 Wochen). Die Zahl derjenigen, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung mehr erhielten, sondern auf die Pfennige der Wohlfahrt angewiesen waren, betrug im Frühjahr 1930 bereits 680.000 und stieg bis 1932 auf zwei Millionen. In Österreich waren von den 770.000 Arbeitslosen an die 60% ohne jede reguläre Unterstützung.

Wo es keine Sozialversicherung gab, wie etwa in den USA, waren die Arbeitslosen jeglicher Existenzmittel beraubt. Hunderttausende mussten ihre Wohnungen verlassen, weil sie die Miete nicht mehr aufbringen konnten. In den Vororten der Industriestädte vegetierten die Arbeitslosen mit ihren Familien in elenden Barackenlagern, die man zum Hohn auf den Präsidenten der USA „Hoovervilles“ nannte. Besonders hart wurde von der Krise die schwarze Bevölkerung betroffen. Die in den Industriebetrieben beschäftigten Afroamerikaner entließ man bevorzugt zugunsten weißer Arbeiter. Überdies verschärfte die amerikanische Bourgeoisie in den Krisenjahren bewusst die Rassendiskriminierung; immer häufiger wurden farbige Opfer der Lynchjustiz oder anderer Terrorakte.

Wer das Glück hatte, den Arbeitsplatz behalten zu können, musste drastische Lohnkürzungen hinnehmen. In Deutschland fiel der Nettowochenlohn der Industriearbeiter von durchschnittlich 42 Reichsmark im Jahr 1929 auf durch-



Massenarbeitslosigkeit: Schlangen von Arbeitssuchenden vor einem Arbeitsamt der Stadt Hannover 1932.

schnittlich 22 RM im Jahr 1932. Das Existenzminimum in diesen Jahren betrug rund 30 RM bzw. 39 RM pro Woche.

Das Vorhandensein des großen Arbeitslosenheeres nutzte die herrschende Klasse dazu, viele der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in jahrelangen zähen Kämpfen erreicht hatte, wieder abzubauen, und dazu, die Krisenlasten auf die Schultern der Volksmassen abzuwälzen. Überall kam es zu einer Erhöhung der Massensteuern bei gleichzeitiger Verringerung der Steuerverpflichtungen für die Großindustriellen und Bankiers, denen man – angeblich um die Krise wirksam zu bekämpfen – Subsidien und Kredite in Milliardenhöhe zukommen ließ.

Neben der Verelendung der Arbeiterschaft stand der Ruin zahlloser Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Handwerker. Die Gehälter der Angestellten und Beamten sanken beträchtlich. Fühlbar verschlechterte sich auch die Lage der Intelligenz. Männer mit Tafeln um den Hals, worauf zu lesen war: „Bin Akademiker, nehme jede Arbeit!“ standen in den Großstadtstraßen. Mit erschreckender Deutlichkeit trat die Unfähigkeit der kapitalistischen Ordnung zutage, die Produktivkräfte der Gesellschaft sinnvoll zu nutzen und den Volksmassen erträgliche Existenzbedingungen zu sichern.

### Klassenkämpfe: Europa

Normalerweise nimmt in Wirtschaftskrisen die Streikbereitschaft unter dem Druck der rapid wachsenden industriellen Reservearmee und der Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ab. Man sollte annehmen, dass das in der schwersten Krise, die das kapitalistische System bis dahin erlebte, in besonderem Maße der Fall war. Die Tatsachen zeigen aber das Gegenteil. Da die bürgerliche Gesellschaftsschreibung die Dimension der

Klassenkämpfe von unten in den Jahren 1929 bis 1933 aus begreiflichen Gründen entweder verschweigt oder bagatellisiert, ist an dieser Stelle die Darlegung diesen weitgehend unbekanntem Kapitels in gebührendem Umfang ebenso nützlich wie lehrreich.

In *Großbritannien* kam es von 1930 bis 1933 zu 1430 Streiks, an denen 1,3 Millionen Werktätige teilnahmen und durch die den

kapitalistischen Unternehmern 18 Millionen Arbeitstage (samt fehlender Mehrwertschöpfung) verloren gingen. Den größten Umfang nahm die Streikbewegung unter den TextilarbeiterInnen an.

In *Deutschland* wurden im Jahr 1930 366 Streiks gezählt, an denen sich 244.900 Arbeiter beteiligten. Die bedeutendsten waren der Streik der Mansfelder Bergarbeiter im Juni 1930 gegen eine beabsichtigte 15%-ige Lohnkürzung, der Streik im Juli 1930 von 50.000 Metall- und Hüttenarbeitern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und der Streik im Oktober 1930 von 130.000 Berliner Metallarbeitern, der von der kommunistischen *Roten Gewerkschaftsopposition* gegen einen von den Metallindustriellen geplanten 8%-igen Lohnabbau geführt wurde. Im Jahr 1931 fanden rund 500 Streiks statt. Der bedeutendste von ihnen war der Jännerstreik der Ruhrbergarbeiter, dem sich die Bergarbeiter Oberschlesiens anschlossen. 1932 sah 1.100 Streiks, zumeist in Klein- und Mittelbetrieben, von denen die meisten mit einem vollen oder Teilerfolg beendet wurden.

In *Frankreich* kam es in der Zeit der Weltwirtschaftskrise zu einer Welle von Arbeitskämpfen, die nicht selten in Barrikadenkämpfe gegen die Polizei hinüberwuchsen. Die Avantgarde bei diesen Aktionen bildeten die Berg-, Metall- und TextilarbeiterInnen, die Eisenbahner und die Seeleute. Die größten Ausstände waren die der Bergarbeiter des Departements Pas-de-Calais im Frühjahr 1931 gegen eine angekündigte 10%-ige Lohnsenkung, die von 125.000 TextilarbeiterInnen im Mai 1931 in Rubaix und Wervik sowie die der Arbeiter von Vienne im März 1932. Die in den Jahren 1931 bis 1934 ausgefallene Arbeitszeit belief sich auf insgesamt 6,8 Millionen Arbeitstage.

In *Italien*, wo bereits ein faschistisches Regime herrschte, fanden trotz Terrors Massenaktionen der Fabrikarbeiter

Turins, Mailands und Genuas gegen die Kürzung der Arbeitslöhne statt. In Turin demonstrierten die Arbeitslosen im Jahr 1930 drei Tage hintereinander unter der Losung „Arbeit und Brot!“, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei und berittenen Truppen kam. 10.000 Textilarbeiterinnen streikten acht Tage lang in der lombardischen Provinz Varese.

*Spanien* erlebte 1931 3.643 Streiks (darunter 20 politische), an denen sich 1,5 Millionen Werktätige beteiligten. Im folgenden Jahr nahmen über eine Million Arbeiter an Streiks teil. Zu besonders großen Aktionen kam es in Oviedo, Málaga, Sevilla und in Katalonien.

In der *Tschechoslowakei* beantworteten die Arbeiter des nordböhmischen Braunkohlenreviers um Most im März 1932 die Entlassung von 15.000 Bergarbeitern und eine Lohnsenkung von 30% mit einem Streik, der in einen politischen Streik, Demonstrationen und blutige Zusammenstöße mit der Gendarmerie ausmündete. Das einheitliche und entschlossene Handeln der Arbeiter zwang die Zechenherren schließlich, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen. In der Folge kam es zu weiteren Ausständen der Bauarbeiter, der TextilarbeiterInnen von Brünn und im Oktober 1932 der Metallarbeiter von Prag.

Riesige Ausmaße nahm die Streikbewegung in *Polen* an. 1931 und 1932 streikten die Bergarbeiter der Industriegebiete von Dabrowa und Krakau und die Erdöl-, Metall-, Hütten- und TextilarbeiterInnen von Warschau, Łódz und anderen Zentren. Aufgrund der Massenaktionen musste die Regierung ihren Plan, den Urlaub zu kürzen und verschiedene andere soziale Errungenschaften der Arbeiterklasse zu beseitigen, vorerst aufgeben. Im März 1933 sah Łódz einen weiteren Streik von TextilarbeiterInnen, der von den Arbeitern der städtischen Verkehrsbetriebe und der Gaswerke unterstützt wurde. Insgesamt streikten mehr als 100.000 Menschen, die gegen die Polizeieinheiten Barrikaden errichteten. Auch hier sahen sich die Unternehmer veranlasst, dem Abschluss von Kollektivverträgen und teilweisen Lohnerhöhungen zuzustimmen.

In *Rumänien* kam es 1933 zu großen Kämpfen der Arbeiterschaft, bei denen die Eisenbahner und Erdölarbeiter an vorderster Front standen. Sie richteten sich gegen die Versuche der Regierung und der Unternehmer, die Löhne um 40 bis 50% zu senken und 25% der Arbeiter zu entlassen. Die ausgedehnte Streikbewegung zwang die Herrschenden zum Zurückweichen:

die Forderungen der Eisenbahner und Erd-  
ölarbeiter wurden akzeptiert.

Zu den Klassenkämpfen der Industrie-  
arbeiterschaft gesellten sich in mehreren  
europäischen Ländern die der Bauern  
und des ländlichen Proletariats.

In *Frankreich*, dessen zahlenmäßig  
große Bauernschaft von der Krise hart  
getroffen wurde und dessen Einnahmen  
aus der Landwirtschaft 1934 nur 17 Mil-  
liarden Francs gegenüber 44,8 Milliar-  
den im Jahr 1929 ausmachten, kämpften  
die Bauern in Massenaaktionen gegen die  
Erhöhung der Steuern, gegen die Herab-  
setzung der Preise für Agrarprodukte  
und gegen die Zwangsversteigerung ih-  
res Vermögens. Die Landarbeiter prote-  
stierten gegen Lohnkürzungen und for-  
derten die Reduzierung des Arbeitstages  
sowie die Einführung der Sozialversi-  
cherung zu Lasten der Grundbesitzer.

In *Italien* erfasste die Bauernbewegung  
im Jahr 1930 vorwiegend die Po-Ebene  
und den Süden des Landes. In dem Ort  
Martina Franca nördlich von Tarent grif-  
fen die Bauern die Gemeindeverwaltung  
an und brannten das Steueramt und den  
faschistischen Klub nieder. Auf den  
Reisplantagen Piemonts streikten 20.000  
LandarbeiterInnen und erzielten dabei  
einen Teilerfolg. Im folgenden Jahr und  
Anfang 1933 beteiligten sich Zehntau-  
sende von Bauern in Piemont, der Toska-  
na und auf Sizilien am Kampf gegen die  
hohen Steuern. Nicht selten entwaffneten  
sie die Polizei, verprügelten die Steuer-  
einnahmer und stürmten die Munizipal-  
verwaltungsgebäude.

In *Spanien*, wo die ländliche Bevölke-  
rung entweder über keinen oder nur sehr  
geringen Besitz an Grund und Boden ver-  
fügte (auf 1.444 Latifundien entfiel mit  
drei Millionen Hektar Land eine etwa  
ebenso große Bodenfläche wie auf die  
acht Millionen Kleinstparzellen landar-  
mer Bauern), teilten die Bauern die Län-  
dereien der Gutsbesitzer in den Provinzen  
Granada, Malaga und Cordoba eigen-  
mächtig auf, entwaffneten die *Guardia  
Civil* und bildeten bewaffnete Abteilun-  
gen. 1931/32 setzten in vielen Dörfern  
Andalusiens Landarbeiter und Bauern die  
Anwesen der verhasstesten Großgrund-  
besitzer in Brand, belegten deren Land,  
Vieh und landwirtschaftliche Geräte mit  
Beschlagnahme und gründeten Bauern- und  
Landarbeiterkomitees. 1934 kam es in  
Südspanien zu einem Streik von 500.000  
Landarbeitern, der 15 Tage dauerte.

In der *Tschechoslowakei* wurde 1931  
und 1932 die gesamte Karpatoukraine  
von Bauernunruhen erfasst. Die armen  
Bauern weigerten sich, die Pacht zu be-

zahlen, trieben ihr Vieh auf die Weiden  
der Gutsbesitzer und entwaffneten in  
mehreren Fällen die Gendarmerie. An  
den Aktionen beteiligten sich etwa  
60.000 landarme Bauern mit ihren Fami-  
lien sowie an die 30.000 Landarbeiter.  
Durch diese Klassenkämpfe sah sich die  
Regierung in Prag genötigt, den Ausver-  
kauf der Bauernwirtschaften vorüberge-  
hend zu unterbinden.

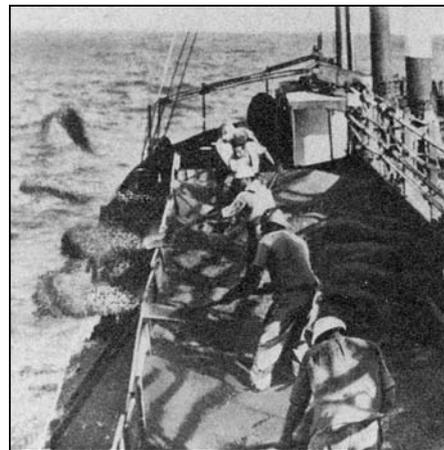
In *Jugoslawien*, wo in den Jahren der  
Weltwirtschaftskrise die Großgrundbe-  
sitzer und Großbauern die bestehenden  
Verträge mit den Landarbeitern aufho-  
ben, deren Arbeitslöhne um 20 bis 30%  
senkten und gleichzeitig die Arbeitszeit  
verlängerten, waren bis zu 75% der  
Landarbeiter arbeitslos. Gemeinsam mit  
den Kleinbauern, die durch maßlose  
Steuern ruiniert wurden, leisteten sie den  
Beamten, Polizisten und Gendarmen er-  
bitterten Widerstand, der teilweise be-  
waffnete Formen annahm.

Regelrechte Bauernaufstände brachen in  
*Polen* aus. Im Juni 1932 wehrten sich in  
der Westukraine die Bauern in blutigen  
Kämpfen zwei Wochen lang gegen Ein-  
heiten der regulären Armee und der Gen-  
darmerie. Ihrem Beispiel folgten die land-  
armen Bauern Wolhyniens, die sich gegen  
die unerträglich hohen Steuern auflehnten.  
Von September bis November 1932  
streikten in den Wojewodschaften War-  
schau, Kielce, Lemberg und Łódź die  
Landarbeiter. Den Höhepunkt erreichte  
die Bauernbewegung im Sommer 1933. In  
verschiedenen Kreisen der Wojewod-  
schaften Krakau und Lemberg nahmen  
100.000 Bauern den bewaffneten Kampf  
auf. Sie forderten die Senkung der Steu-  
ern, das Verbot gerichtlicher und polizei-  
licher Verfolgungen sowie die Freilassung  
der Inhaftierten. Den Gutsbesitzern nah-  
men sie Lebensmittel und Vieh weg. Die  
Kämpfe dauerten einen ganzen Monat; 50  
Bauern wurden dabei getötet, Hunderte  
verwundet und Tausende verhaftet.

### Klassenkämpfe: übrige Welt

Selbst in den *USA*, wo sozialistisches  
Gedankengut unter der Arbeiterklasse so  
gut wie nicht verankert war und im Jahr  
1929 nur 40% der Arbeiter einer Ge-  
werkschaft angehörten, stiegen die  
Streikzahlen in der Krise an: 1930  
157.000 streikende Arbeiter, 1931  
337.000, 1933 über eine Million.

In *Japan* setzten sich die Arbeiter mit  
zahlreichen Kampfmaßnahmen gegen  
Entlassungen, Lohnsenkungen und ge-  
gen die Verlängerung des Arbeitstages  
zur Wehr. Im Jahr 1931 betrug die Zahl  
der Streiks das Zweieinhalbfache von



An den Küsten Brasiliens werden 22 Mil-  
lionen Sack Kaffee ins Meer geschüttet.

der des Jahres 1928. Die Streikaktionen  
unterschieden sich von früheren Arbeits-  
kämpfen durch ihren organisierten Cha-  
rakter und ihre längere Dauer.

In *Argentinien* erreichte die Streikbe-  
wegung solche Ausmaße, dass sich die  
Regierung Irigoyen zu Zugeständnissen  
gezwungen sah und unter anderem den  
Achtstundentag einführen musste. Auch  
die Landarbeiter und Pächter nahmen  
den Kampf gegen die Großgrundbesitzer  
und ausländischen Gesellschaften auf.  
Neben der Senkung des Pachtzinses, der  
Steuern und Eisenbahntarife verlangten  
sie von der Regierung, Maßnahmen zu  
ergreifen, dass die Exmittierungen und  
Vertreibungen der Bauern von ihren Par-  
zellen eingestellt werden.

In *Brasilien* sanken während der Welt-  
wirtschaftskrise die Löhne der Arbeiter  
um 30 bis 40%, während die Lebenshal-  
tungskosten um fast 250% stiegen. Die  
Streikbewegung schwoll unter diesen  
Umständen schnell an. Von Jänner 1931  
bis Mai 1932 fanden 70 große Streiks der  
Textilarbeiter, Eisenbahner, Kraftfahrer,  
Seeleute, Hafendarbeiter und Arbeiter der  
kommunalen Betriebe statt. Gleichzeitig  
verstärkte sich die Bauernbewegung.  
Vor allem im Nordosten des Landes  
bemächtigten sich die Bauern der Län-  
dereien der Großgrundbesitzer und teilten  
sie unter sich auf. Die Landarbeiter führ-  
ten mehrere Streiks durch und stürmten  
mancherorts die Lebensmittellager.

In *Mexiko* startete die herrschende  
Schicht eine groß angelegte Offensive  
gegen die Arbeiterklasse. Im August  
1931 wurden neue Arbeitsgesetze erlas-  
sen, in denen das Verbot aller politischen  
Streiks und die Zwangsschlichtung aller  
Konflikte zwischen Unternehmern und  
Arbeitern durch Schiedsgerichte dekreti-  
ert wurden. Dagegen und gegen die  
Entlassungen und den fortgesetzten  
Lohnraub wehrte sich die Arbeiterbewe-

gung mit zahlreichen Streiks und Protestdemonstrationen. Ende 1929 wurde der gesamte Eisenbahnverkehr durch Streik für mehrere Tage völlig lahm gelegt. In den Jahren 1930 bis 1932 streikten die Bergleute, die Arbeiter der Elektrizitätswerke und anderer Kommunalbetriebe, die TextilarbeiterInnen und die ArbeiterInnen in der Schuhindustrie.

*Kuba*, dessen Zuckerindustrie in normalen Zeiten 80% des Nationaleinkommens

erwirtschaftete, wurde von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer getroffen. Der Zuckerexport verringerte sich um ein Drittel, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 600.000. Der starke Exportrückgang hatte eine drastische Kürzung der für Kuba so notwendigen Lebensmitteleinfuhren zur Folge, wodurch die Masse der werktätigen Bevölkerung zum Hunger verurteilt wurde. Im Sommer 1933 erfasste eine mächtige Streikwelle die Karibikinsel, in

deren Verlauf die Arbeiter Selbstschutzabteilungen bildeten und etliche Fabriken besetzten. Am 14. Juli 1933 begann in Havanna ein Streik der Omnibusfahrer, der auf einen Aufruf der Gewerkschaften hin durch Solidaritätsstreiks in anderen Betrieben unterstützt wurde. Am 4. August 1933 wuchs die Bewegung in einen Generalstreik über, der sowohl die Industrie als auch den Handel und den Verkehr erfasste.

In *Indien*, wo die Löhne um 30 bis 40% sanken, führte die Arbeiterschaft heftige ökonomische Kämpfe. 1929 streikten 532.000 Arbeiter, vor allem Textilarbeiter, Arbeiter der Juteindustrie Kalkuttas und die Eisenbahner von Madras und Lahore. An den Streiks des Jahres 1930 beteiligten sich mehr als 200.000 Menschen; die meisten Ausstände wurden von den Arbeitern Bombays initiiert. Am besten organisiert war ein Streik der 80.000 Bediensteten der „Groß-Indischen Eisenbahn“, der fast ein Jahr dauerte. Auch in den folgenden Jahren fanden in der Juteindustrie Bengalens, in den Textilfabriken von Madras, im Pandschab und in anderen Industriezentren große Streikkämpfe statt.

In der französischen Kolonie *Indochina* (Vietnam, Kambodscha und Laos) wurden 1930 an die 100 Streiks durchgeführt. In Nam-dinh streikten mehrere tausend Textilarbeiter, und die Färber schlossen sich mit Solidaritätsstreiks an. Als die Streikführer verhaftet wurden, kam es in der Stadt zu einer großen Protestdemonstration, an der sich erstmalig auch Frauen beteiligten. Bald danach griff die Ausstandsbewegung auch auf andere Bezirke Vietnams über, so auf die Bergwerke im Kohlenrevier von Hanchai, auf das Werk „Ba-schon“ in Saigon, auf die Zündholzfabrik in Benthui und auf die Elektrizitätswerke von Hanoi und Haiphong. Im März und April 1930 streikten außerdem 1.300 Kulis auf den Plantagen des französischen Kautschukkönigs Michelin in der Provinz Bienhoa. Kurz darauf, im Mai 1930, begann eine Welle von Massenaktionen der Bauern. Unter den Losungen „Das Land den Bauern!“, „Weg mit den Steuern!“ und „Hilfe den Dürregeschädigten!“ protestierten 20.000 Bauern von Ngo-an gegen ihr Dasein, das sich von Sklavenbedingungen kaum unterschied.

### Bürgerlicher Staat und Krise am Beispiel des „New Deal“

Bei der retrospektiven Einschätzung der verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise seitens bürgerlicher

## Zahlen zur Weltwirtschaftskrise 1929–1933

### Index der Industrieproduktion in ausgewählten Ländern (1929 = 100)

	1930	1931	1932	1933
USA	81	68	54	64
Deutschland	86	68	53	61
Großbritannien	92	84	83	88
Frankreich	99	86	72	81

### Kohleförderung (in Millionen Tonnen)

	1929	1932
USA	551,2	325,4
Großbritannien	262,0	212,1
Deutschland	215,8	141,5
Frankreich	54,5	46,9

### Stahlerzeugung (in Millionen Tonnen)

	1929	1932
USA	57,3	13,9
Großbritannien	9,8	5,3
Deutschland	18,2	7,1
Frankreich	9,7	5,6

### Außenhandel in Millionen Dollar

	Export	1929	1932	Import	1929	1932
USA		5157	1576		4339	1325
Großbritannien		3549	1280		5407	2276
Deutschland		3212	1367		3203	1112
Frankreich		1966	774		2282	1171

### Preise verschiedener Rohstoffe 1929–1933

	1929	1930	1931	1932	1933
Kakao	10,79	6,26	4,47	3,71	4,60
Kaffee	23,5	10,5	8,4	10,5	9,2
Zucker	3,98	3,14	3,28	2,72	2,96
Weizen	1,50	0,77	0,71	0,49	0,54
Baumwolle	18,04	9,16	5,78	4,99	6,19
Mais	91,9	64,9	34,5	18,8	20,6
Seide	5,20	2,69	2,18	1,27	2,17
Kautschuk	20,56	8,19	4,63	2,69	3,03
Zink	6,78	4,09	3,15	2,79	3,01
Zinn	45,38	25,27	21,35	19,24	24,34
Blei	6,80	4,95	3,59	2,88	3,03

### Exportrückgang ausgewählter Länder 1929–1933

Exportrückgang in %	Land
über 80	Chile
75–80	China
70–75	Kuba, Peru, Bolivien, Malaya
65–70	Argentinien, Guatemala, Mexiko, Kanada, Indien, Ceylon, Indonesien, Irland, Spanien
60–65	Brasilien, Nicaragua, Ägypten, Nigeria, Griechenland, Ungarn, Niederlande, Polen, Jugoslawien
55–60	Ecuador, Honduras, Dänemark, Neuseeland
50–55	Kolumbien, Paraguay, Australien, Bulgarien, Finnland
45–50	Iran, Norwegen, Portugal, Rumänien
30–45	Venezuela, Türkei, Philippinen

Ökonomen und Historiker wird in der Regel die damals fehlende „Krisenfeuerwehr“ als Grund angegeben. Die Regierungen in den USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Österreich und anderen Ländern seien dem Niedergang der Volkswirtschaften rat- und machtlos gegenübergestanden und hätten noch dazu falsch reagiert. Die richtigen Mittel zur Krisenbekämpfung seien hingegen von Roosevelt mit dem „New Deal“ praktisch angewandt und von Keynes mit seinem Rezept des antizyklisch wirkenden staatlichen „Deficit-Spendings“ theoretisch ausgearbeitet worden.

Darin liegt zweifellos ein Stück Wahrheit. Betrachtet man aber den ab Herbst 1932 einsetzenden (zwar noch zaghaften, aber doch zu konstatierenden) Wiederbelebungsprozess des Weltkapitalismus näher, ergibt sich ein nüchterneres Bild. Denn es waren in erster Linie die inneren Mechanismen des Systems, die spontanen ökonomischen Reaktionen der kapitalistischen Wirtschaft, die Ablösung der Vorherrschaft der Störungsfaktoren durch das allmähliche Überwiegen entgegenwirkender, krisenabschwächender und krisenüberwindender Faktoren, die die Voraussetzung für einen neuen Aufschwung schufen. Am Beispiel der USA sei das erläutert.

Die republikanische Regierung Herbert Hoovers, die im März 1929 nur sieben Monate vor dem großen Krach die Amtsgeschäfte übernommen hatte, stand tatsächlich der Krise weitgehend hilflos gegenüber. Sie unternahm im Interesse einer Wiederbelebung der Wirtschaft nur wenig, und das auch noch verspätet, und kaum etwas zur Milderung ihrer sozialen Folgen. Es wäre aber falsch, Hoover als engstirnigen Konservativen anzusehen. Er besaß in Wirtschaftsfragen beträchtliche Erfahrungen und verfügte über politische Fähigkeiten, die ihn unter anderen Umständen zu einem der bedeutendsten Präsidenten der USA gemacht hätten. Hoover blieb gegenüber der Krise auch nicht völlig untätig. Dazu war die Lage zu ernst. Er setzte jedoch auf die selbstregulierenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, auf die volle Freiheit der Unternehmerinitiative, auf die „freiwillige“ Kooperation von Staat und Monopolen, hauptsächlich in Form von Regierungsunterstützungen für die Großkonzerne und weniger in Form einer direkten staatlichen Wirtschaftsregulierung. Außerdem dehnte Hoover seine Maßnahmen nicht auf die Sphäre der sozialen Beziehungen aus. Für die Unterstützung der Arbeitslosen und sozial Schwachen

waren nach seinem Konzept lediglich lokale Wohlfahrtseinrichtungen und private Hilfsorganisationen zuständig.

Als im Sommer 1932 die Krise in ökonomischer Hinsicht ihren Tiefpunkt erreichte, begann zwischen Hoover und Roosevelt die Kampagne für die nächste Präsidentenwahl. Die Situation in den USA war mittlerweile derart konfliktgeladen, dass man es bei herkömmlichen Schritten zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisenfolgen nicht bewenden lassen konnte. Zur vordringlichsten Aufgabe wurde die Wiederbefestigung der Massenbasis des amerikanischen Kapitalismus und seines politischen Herrschaftssystems. Nach Lage der Dinge konnte das nur durch soziale Reformen und demokratische Zugeständnisse erreicht werden.

Genau darauf zielten die Versprechungen Roosevelts ab, der damit am 8. November 1932 einen eindeutigen Wahlsieg errang. Als er am 4. März 1933 als Präsident angelobt wurde, war die Talsohle der Weltwirtschaftskrise bereits durchschritten. Dennoch blieben die Ergebnisse seiner „New Deal“-Reformpolitik während der berühmten „Hundert Tage“

(März bis Juni 1933) ziemlich bescheiden. Die Industrieproduktion verzeichnete nur eine langsame Aufwärtsentwicklung und befand sich 1935 immer noch deutlich unter dem Vorkrisenstand. Die Arbeitslosenzahlen verringerten sich bis 1935 zwar um einige Millionen, lagen aber immer noch bei elf Millionen. Die Reallöhne, die in der Krise stark gesunken waren, stiegen ab 1933 wieder an, erreichten 1935 aber ebenfalls noch nicht wieder den Stand von 1929. Es waren die großen Konzerne, die im Bereich der Einkommen durch steigende Gewinne zunächst am deutlichsten von den Maßnahmen der ersten Phase des „New Deal“ profitierten, während sich die Lebensbedingungen der städtischen und ländlichen werktätigen Massen nur langsam und ungleichmäßig verbesserten.

Erst in der zweiten Phase des „New Deal“ ab 1935 mit einer Reihe von wichtigen Sozialgesetzen gelang es, die ökonomische Wiederbelebung und Stabilisierung des durch die Weltwirtschaftskrise schwer erschütterten amerikanischen Kapitalismus zu erreichen und seine Massenbasis durch wirtschaftliche,

## Neuerscheinungen

Hans Hautmann (Hg.): **„Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien**

Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 11), 112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-7-6

Die beiden im Buch wiedergegebenen und mit einer Einleitung versehenen Dokumente aus der Zeit des Ersten Weltkriegs in Österreich sind drastische Beispiele dafür, zu welchen Resultaten die Ausbeutung arbeitender Menschen im kapitalistischen System führen kann. Da sich in manchen Bereichen der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit die heutigen Zustände den einstigen bereits wieder annähern, kann die Lektüre der Dokumente neben dem historischen auch aktuellen Erkenntniswert für sich beanspruchen.



Peter Goller: **„Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...“** Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 10)

112 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-9501986-6-9

Viktor Adler hat 1908 bedauert, dass die „notwendigsten Vorarbeiten für ein eindringendes Verständnis der Geschichte der proletarischen Bewegung fehlen“: „Während der Schlacht ist es schwer,

Kriegsgeschichte zu schreiben, (...)“ Die bürgerliche Geschichtswissenschaft an den österreichischen Universitäten ignorierte das Thema. Vielmehr entstanden die ersten historischen Rückblicke am Ende des 19. Jahrhunderts zur eigenen Selbstverständigung, zum „Behelf der Agitation“ aus der sozialdemokratischen und auch aus der „anderen“ radikalen Arbeiterbewegung selbst. Wichtige erste Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung lieferten etwa Carl Grünberg, Ludwig Brügel, Julius Deutsch, Emil Strauß oder August Krkal.

Bezugsmöglichkeit: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)

soziale und politische Reformen in bürgerlich-liberaler Richtung zu stärken und zu festigen.

### Politische Folgen

Die USA waren schon damals das wichtigste Land der kapitalistischen Welt, aber nur eines unter vielen, in denen die Entwicklung eine andere Richtung nahm. Generell betrachtet untergrub die Weltwirtschaftskrise in breiten Bevölkerungsschichten den Glauben an die Stabilität und Rationalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und die Erbitterung über die entstandene Lage führte zu einem Anwachsen antikapitalistischer Stimmungen. Auf der einen Seite wurde dadurch das Lager des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern gestärkt, auf der anderen Seite aber auch die Tendenz der herrschenden Klassen, angesichts der Labilität ihrer Lage auf den bürgerlichen Parlamentarismus zu verzichten und zum Zweck der Unterdrückung der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung auf die Errichtung faschistischer Diktaturen Kurs zu nehmen. Während in Spanien 1931 eine Revolution ausbrach, der König gestürzt und die Republik errichtet wurde, marschierte im gleichen Jahr in Ostasien die japanische Armee in Nordchina ein und eroberte die Mandschurei. In allen Teilen der Welt bildeten sich neue Spannungsherde. Die europäischen faschistischen Bewegungen gewannen aus dem Heer des durch die Weltwirtschaftskrise entwurzelten

Kleinbürgertums eine Massenbasis. Der Nationalsozialismus konnte bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 seine Stimmen sprunghaft erhöhen, wurde zur stärksten Partei in Deutschland und gelangte im Jänner 1933 auf massives Drängen des Monopolkapitals an die Macht. Die Zahl der faschistisch oder autoritär regierten Staaten, darunter Österreich, wuchs, die Demokratie befand sich auf dem Rückzug. Mit Riesenschritten näherte sich so die Menschheit der nächsten Katastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Zweiten Weltkrieg.

### Auswahlbibliographie:

Otto Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg, Bd. 1: Rationalisierung und Fehlrationalisierung, Wien 1931  
Eugen Varga, Die große Krise und ihre politischen Folgen. Wirtschaft und Politik 1928–1934, Moskau 1934  
Eugen Varga, 20 Jahre Kapitalismus und Sozialismus, Moskau 1938  
Kurt W. Rothschild, Austria's Economic Development Between the Wars, London 1947  
Andres Predöhl, Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929–1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München, Jg. 1953, Nr. 1  
Wilhelm Grotkopp, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Weltwirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954  
Kurt W. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, hg. von Wilhelm Weber, Bd. 1, Berlin 1961  
Andreas Predöhl, Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft, Hamburg 1962  
Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, 2. Aufl., Berlin 1965 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15  
Weltgeschichte in zehn Bänden, Hauptredaktion: J. M. Shukow (Leiter), Bd. 9, Berlin 1967  
Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption, Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1968  
Wolfram Fischer, Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945, 3. Aufl., Opladen 1968  
Eric J. Hobsbawm, Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750, 2 Bände, Frankfurt/M. 1969  
Kurt Gossweiler, Großbanken-Industriemonopole-Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin 1971  
Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. von Wolfram Fischer,

Band 4, München 1973

Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss, Band III: Von der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, 2. Aufl., Berlin 1975

Karl Haas, Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Wien, Jg. 1978, Nr. 1

Dieter Stiefel, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin 1979

Hans Kernbauer/Eduard März/Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Österreich 1918–1939. Geschichte der Ersten Republik, hg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Graz 1983, Bd. 1

Rüdiger Horn/Peter Schäfer, Geschichte der USA 1914–1945, Berlin 1986

Dieter Stiefel, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938, Wien 1988

Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise – die Krise der Credit-Anstalt 1931 und ihre wirtschaftlich-politische Bewältigung, Frankfurt/M. 1988

Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929–1936, Stuttgart 1988

Peter Wilding, „...für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich, Wien–Zürich 1990 = Materialien zur Arbeiterbewegung 55

Fritz Blaich, Der schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 1990

Rainer Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932, Regensburg 1991

Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995 = Österreichische Geschichte, hg. von Herwig Wolfram

Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933, hg. von Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger, Wien 1995

Fritz Weber, Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933, hrsg. von Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger, Wien 1995

Philipp Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Young-Plan 1929–1932, Paderborn 1998

Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 4. Aufl., München 2000

Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938 = Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 15, Wien 2002

Öffentlicher Vortrag von

## Dr. Harald Walser

(Abgeordneter zum Nationalrat,  
Bildungssprecher im  
Grünen Parlamentsklub)

### Schule und Gerechtigkeit

Probleme unseres Schul-  
systems und mögliche Auswege  
*anschließend Diskussion*

Sa., 28. November 2009, 14.00

Café 7Stern

Siebensterngasse 31, 1070 Wien



Unmittelbar im  
Anschluss an den  
Vortrag findet die

**General-  
versammlung**

der ALFRED KLAHR  
GESELLSCHAFT statt.

## Die österreichische Sozialdemokratie über die Weltwirtschaftskrise

Am 9. November 1930 fanden in Österreich Nationalratswahlen statt, übrigens die letzten der Ersten Republik. Im „Sozialdemokratischen Wahlhandbuch“, einem Konvolut von 34 Heften mit Argumentationsunterlagen für die Funktionäre im Wahlkampf, beschäftigt sich das Heft 1 mit der Weltwirtschaftskrise. Der Text ist sowohl deshalb bemerkenswert, weil er zu einem frühen Zeitpunkt entstand, im Sommer 1930, als die Krise ihr volles Ausmaß noch keineswegs erreicht hatte, als auch deshalb, weil er die Krisenursachen marxistisch korrekt erklärt. Der Wortlaut ist um eine Passage unwesentlichen Inhalts gekürzt. Die Hervorhebungen folgen dem Original.

HANS HAUTMANN

### Weltkrise und Kapitalismus

Die Wirtschaft der ganzen Welt ist von einer beispiellosen Krise ergriffen. Der Bankrott großer Firmen aus den verschiedensten Ländern wird gemeldet, die Bodenkreditanstalt, die Frankfurter Allgemeine Versicherungsanstalt, der englische Hatry-Konzern, durchwegs Finanzinstitute größten Ausmaßes, von denen Industrieunternehmungen mit Tausenden von Arbeitern abhängen, haben schimpflichen Zusammenbruch erlebt.

Nur wenige Länder konnten bisher der Krise entgehen, die überall die Arbeitslosigkeit ins Maßlose steigert, die Betriebe zum Stillstand bringt, die Warenlager anwachsen und die Preise sinken lässt. Wie schon so oft, wiederholt sich das Schauspiel, dass in derselben Zeit, da Millionen von Menschen hungern, die Scheunen der Landwirte voll sind von Getreide, das sie nicht verkaufen können, dass zu derselben Zeit, da die Menschen sich nichts zum Anziehen kaufen können, die Spinnereien und Webereien wegen Absatzmangels sperren müssen. *Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 5 bis 6 Millionen, sie beträgt in Deutschland jetzt, in der günstigsten Zeit, rund 2 Millionen und wird im Winter vielleicht 3 Millionen übersteigen. Etwa ebenso hoch ist die Arbeitslosigkeit in England, so dass in diesen drei Ländern, die für den Weltmarkt ausschlaggebend sind, allein etwa 10 Millionen Menschen zu feiern gezwungen sind.*

Rechnen wir dazu die Erwerbslosigkeit in Österreich, Italien, Ungarn, Polen, Indien, im Fernen Osten, so können wir die

Zahl der durch diese Krise aus ihrem Beruf gerissenen Arbeiter und Angestellten auf etwa 15 Millionen schätzen. Die Bedeutung dieser Zahl wird so recht klar, wenn man bedenkt, dass in Deutschland nach der letzten Betriebszählung in Handel, Gewerbe, Industrie und Verkehr rund 17 Millionen Menschen beschäftigt waren. Es sind also heute in der Welt etwa soviel Menschen arbeitslos, als in Deutschland Beschäftigung finden.

Wodurch ist diese Krise zu erklären? Noch im vorigen Jahr war in den meisten Ländern eine gute Konjunktur zu verzeichnen. Namentlich gilt das von den Vereinigten Staaten, wo alle Produktionsziffern unerhörte Rekorde erreichten, wo es keine Arbeitslosigkeit gab, wo die Preise hoch waren und im Handel sowie an der Börse gut verdient wurde. Aber gerade diese fieberhafte Anspannung der Produktion führte die Krise herbei. *Die Planlosigkeit des Kapitalismus ließ auf den wichtigsten Gebieten mehr produzieren, als der Markt aufnehmen konnte, und so kam es schließlich zu einem völligen Zusammenbruch.*

(...) Die Begleiterscheinung jeder guten Konjunktur ist die Spekulation auf den Waren- und Wertpapierbörsen. Sie erreichte namentlich in Neuyork einen Umfang, den man sich in Europa kaum vorstellen kann. Die Kredite, die zu Spekulationszwecken an die Börsenhändler in Neuyork gegeben wurden, wuchsen im September 1929 auf die phantastische Summe von 8,5 Milliarden Dollar an, das sind rund 60 Milliarden Schilling. Ende Oktober 1929 erfolgte ein plötzlicher Zusammenbruch an der Neuyorker Börse, der binnen wenigen Tagen die Kurse der wichtigsten Wertpapiere auf den halben Stand herunterdrückte. Damit setzte die Krise ein, die binnen kurzer Zeit die ganze Welt ergriff. Während in den Zeiten der wildesten Spekulation Zinsen von 8, 10 und 12 Prozent bezahlt wurden, herrscht jetzt auf einmal Geldüberfluss, weil niemand mehr sein Geld in Spekulationen oder in sonstige Unternehmungen stecken wollte. Während vor einem Jahre nicht Geld genug für Spekulationszwecke aufzutreiben war, wird heute in Neuyork, in Paris und London Geld zu 1 und 2 Prozent Zinsen angeboten, ohne dass sich genügend Abnehmer fänden, die den Geldgebern die erforderlichen Sicherheiten für die Rückzahlung stellen können.

*Der Kapitalismus steht dieser Krise, deren Ausmaße in der Geschichte beispiel-*

*los dastehen, nahezu hilflos gegenüber, ja seine Versuche, sie durch Schutzzölle und Kartelle zu lindern, führen nur zu ihrer Verschärfung. Zur gleichen Zeit verlangen die Kapitalisten vom Staate, er möge durch große Staatsaufträge Arbeit und Beschäftigung schaffen, aber auch die Steuern herabsetzen, die angeblich die Produktion behindern, ohne zu bedenken, dass sie damit dem Staate die Mittel entziehen, aus denen allein er die öffentlichen Arbeiten bestreiten könnte. Zur gleichen Zeit verlangen sie weiter eine Herabsetzung der Produktionskosten und Exporttreibung der Zölle, die ihrerseits wieder die Preise und damit die Produktionskosten erhöhen und die ihnen erst die Gründung der preistreibenden Kartelle ermöglichen. Ohne Rücksicht auf die Preiserhöhungen fordern sie von der Arbeiterschaft Lohnsenkungen, ohne zu bedenken, dass jede Lohnherabsetzung auch eine Verminderung der Leistung herbeiführt und dass der Arbeiter bei geringeren Löhnen auch weniger kaufen kann, wodurch die Industrien, die Lebensmittel für ihn herstellen, noch weiter in die Krise hineingetrieben werden.*

In diesen Forderungen zeigt sich aufs deutlichste der innere Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaft, der immer wieder zum Ausbruch kommen und der die Welt stets von neuem in Krisen schleudern muss. Solange die Produktion nicht geregelt ist, solange sich ihre Gesetze mit der zerstörenden Gewalt von Naturgesetzen durchsetzen, solange wird die Welt immer wieder von Krisen erschüttert, solange werden Arbeiter immer wieder dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. *Der Kapitalismus selbst ist außerstande, dieses blinde Spiel der Kräfte zu beherrschen, weil er nur dem schrankenlosen Trieb zum Profit zu folgen vermag. Dieser Trieb lässt ihn jede Vernunft vergessen und macht jede Regelung des Wirtschaftslebens unmöglich. Diese wird erst dann erfolgen können, wenn an die Stelle der Regellosigkeit die Planmäßigkeit, wenn an die Stelle des Profitstrebens das Streben nach möglicher Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit, wenn an die Stelle der monopolistischen Herrschaftsmacht einiger weniger Finanzleute, Industriekapitäne und Großgrundbesitzer die organisierte Macht der Gesellschaft – mit einem Wort, wenn an die Stelle des kapitalistischen Systems der Sozialismus gesetzt wird.*